

„Landtag im Dialog“ bot viel Diskussionsstoff in Gera

Landtagspräsident Christian Carius eröffnete die Auftaktveranstaltung einer neuen Diskussionsreihe gemeinsam mit OTZ-Chefredakteur Jörg Riebartsch



im IHK-Bildungszentrum in Gera. Unter dem Titel „Landtag im Dialog“ sprachen Abgeordnete zu aktuellen Themen mit Bürgerinnen und Bürgern und stellten sich live deren Fragen. „Ziel ist es, die Arbeit des Thüringer Landtags zu aktuellen Politikfeldern einer breiteren Öffentlichkeit vorzustellen. Als Landtag wollen wir zeigen, dass wir Abgeordnete nahe bei den Menschen sind. Sie brauchen die Gewissheit, dass Politik für sie gemacht wird. Deshalb müssen Parlamentarier transparent erklären, wofür sie stehen und was sie für das Land leisten“,

sagte Carius. Zu der Veranstaltung waren alle Bürgerinnen und Bürger eingeladen, vorab ihre Fragen und Anmerkungen zum Thema Energiewende zu stellen. Viele machten von dieser Möglichkeit Gebrauch. Auch vor Ort kam es zu interessanten Diskussionen, so dass eine angelegte Debatte entstand. Die Auftaktveran-

staltung der neuen Diskussionsreihe des Thüringer Landtags stand unter dem Motto „Wie viel Energiewende brauchen wir?“ Politiker aus allen Fraktionen nahmen daran teil (Stefan Gruhner, CDU, Steffen Harzer, DIE LINKE, Eleonore Mühlbauer, SPD, Stefan Möller, AfD, Roberto Kobelt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Die Moderation übernahm der Chefredakteur der Ostthüringer Zeitung, Jörg Riebartsch. Die nächste Ausgabe der Reihe wird während des Tags der offenen Tür am 11. Juni 2016 im Thüringer Landtag stattfinden.

staltung der neuen Diskussionsreihe des Thüringer Landtags stand unter dem Motto „Wie viel Energiewende brauchen wir?“ Politiker aus allen Fraktionen nahmen daran teil (Stefan Gruhner, CDU, Steffen Harzer, DIE LINKE, Eleonore Mühlbauer, SPD, Stefan Möller, AfD, Roberto Kobelt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Die Moderation übernahm der Chefredakteur der Ostthüringer Zeitung, Jörg Riebartsch. Die nächste Ausgabe der Reihe wird während des Tags der offenen Tür am 11. Juni 2016 im Thüringer Landtag stattfinden.



Kurz gemeldet

Landtagspräsident **Christian Carius** erklärte zum Gedenktag anlässlich der Befreiung vom Nationalsozialismus und der Beendigung des 2. Weltkriegs in Europa am 8. Mai 2016: „Dieser Tag gilt dem Gedenken an die Opfer, vor denen wir uns verneigen, und der Mahnung, die Würde des Menschen, Demokratie und Freiheit immer wieder von neuem gegen alle ihre Feinde zu verteidigen.“ +++ Seit dem 25. April können drei Gesetzentwürfe im Diskussionsforum des Thüringer Landtags diskutiert werden (u.a. das Vorschaltgesetz zur Durchführung der Gebietsreform in Thüringen): <https://forum-landtag.thueringen.de/> +++ Erstmals übertragen in Thüringen Bürgerradios und lokale Fernsehveranstalter seit dem Aprilplenar Plenardebatten direkt aus dem Landtag in Erfurt und bringen die Themen aus dem Plenum in die Regionen.



LANDTAG IM DIALOG



Tag der offenen Tür Thüringer Landtag

11. Juni 2016 von 10 bis 17 Uhr
Erfurt, Jürgen-Fuchs-Straße 1



www.thueringer-landtag.de

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

am 11. Juni 2016 lade ich Sie herzlich ein, sich bei unserem Tag der offenen Tür einen Eindruck von den parlamentarischen Abläufen im Thüringer Landtag zu verschaffen. Besucher können sich über die Arbeitsweisen der Abgeordneten und Fraktionen, der Freundeskreise sowie über die Aufgaben der Landtagsverwaltung und Landesbeauftragten informieren. Neben einem umfangreichen Bühnenprogramm im Innenhof des Landtags werden verschiedene Diskussionsrunden mit Landespolitikern und Fraktionsvorsitzenden stattfinden.

Ihr

Die Landesbeauftragten

Der Bürgerbeauftragte des Freistaats Thüringen
Dr. Kurt Herzberg
<http://www.buergerbeauftragter-thueringen.de>
Tel.: 0361 37 71871
Fax: 0361 37 71872
Mail: buergerbeauftragter@landtag.thueringen.de

Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Dr. Lutz Hasse
www.tlfdi.de
Tel.: 0361 37 71900
Fax: 0361 37 71904
Mail: poststelle@datenschutz.thueringen.de

Landesbeauftragter des Freistaats Thüringen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (ThLA)
Christian Dietrich
www.thla-thueringen.de
Tel.: 0361 37 71951
Fax: 0361 37 71952
Mail: info@thla.thueringen.de

IMPRESSUM



Herausgeber:
Thüringer Landtag
Pressestelle
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Redaktion:
Fried Dahmen

Satz und Layout:
Ines Born

Druck:
Druckhaus Gera

Für den Inhalt ihrer Beiträge sind die Fraktionen und Beauftragten verantwortlich.

Der Landtagskurier erscheint monatlich. Der Bezug ist kostenfrei sowohl über den Postweg als auch per E-Mail möglich.

Tel.: 0361 37 72006
Fax: 0361 37 72004
poststelle@landtag.thueringen.de
www.thueringer-landtag.de



Der Bürgerbeauftragte

Gemeinsames Positionspapier zur Novellierung des SGB II verabschiedet

Die Arbeitsgemeinschaft der parlamentarisch gewählten Bürgerbeauftragten Deutschlands hat ein gemeinsames Positionspapier mit „Anregungen aus der Beratungspraxis der Bürgerbeauftragten zum Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Novellierung des SGB II (BR-Drucksache 66/16 v. 5.2.2016)“ verabschiedet. Der Sprecher der Arbeitsgemeinschaft, der Thüringer Bürgerbeauftragte, Dr. Kurt Herzberg, erklärt: „In der täglichen Arbeit sammeln die Bürgerbeauftragten viele Erfahrungen gerade auch im Bereich des SGB II, in dem u.a. die sogenannten Hartz-IV-Leistungen geregelt sind. Vor diesem Erfahrungshintergrund

haben wir in zwölf Regelungsbereichen Probleme aufgezeigt und Lösungsvorschläge gemacht, die bei den Beratungen um die Novellierung des SGB II beachtet werden sollten. Das betrifft zum Beispiel Änderungsvorschläge hinsichtlich der Kostenübernahme für die Mittagsverpflegung in Einrichtungen eines freien Trägers der Kinder- und Jugendhilfe. Seit dem 1. Januar 2014 sind Kommunen nicht mehr verpflichtet, Kosten für Mehraufwendungen der gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung für externe, nicht schulische Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe zu übernehmen. Eine Kostenübernahme durch die Kommune ist damit

eine freiwillige Leistung, erfolgt aber von vielen Städten und Gemeinden in Thüringen aufgrund klammer Haushaltskassen nicht. Dr. Kurt Herzberg weiter: „Diese Situation ist sehr unbefriedigend, weil Eltern faktisch das Angebot der freien Träger nicht mehr wählen können und damit das so genannte Wunsch- und Wahlrecht nicht mehr ausüben können.“ Das Positionspapier mit den Anregungen zum SGB II wurde vom Thüringer Bürgerbeauftragten an die Landesregierung sowie an die Thüringer Bundestagsabgeordneten übermittelt, damit die erarbeiteten Lösungsvorschläge bei den weiteren Beratungen berücksichtigt werden können.

Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit

Datenschutzgrundverordnung im EU-Parlament verabschiedet – der Countdown läuft

28 unterschiedliche Datenschutzstandards in 28 Mitgliedstaaten. Das gehört bald der Vergangenheit an. Das Europäische Parlament hat am 14. April 2016 die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) verabschiedet. Die DSGVO löst damit die seit 1995 bestehende Datenschutzrichtlinie ab und findet sowohl im öffentlichen Bereich (für Behörden) als auch im nicht-öffentlichen Bereich (für Unternehmen) unmittelbare Anwendung. Wichtige Änderungen sind beispielsweise das Recht auf Vergessenwerden und das One-Stop-Shop-Verfahren, bei dem künftig der Betroffene sich an die Datenschutzaufsichtsbehörde seines Landes wenden kann, auch wenn er seine personenbezogenen

Daten in einem anderen Land als unrechtmäßig verarbeitet ansieht. Mit der DSGVO werden zudem Verstöße schärfer geahndet. Auf Unternehmen können bei Datenschutzverstößen Strafen von bis zu 4% des erzielten Jahresumsatzes zukommen. Zahlreiche sog. Öffnungsklauseln, wie zum Beispiel zum betrieblichen Datenschutz, geben den einzelnen Mitgliedstaaten die Möglichkeit, weitere eigene Regelungen zu erlassen. Spannend zu beobachten wird sein, inwiefern die Bundesregierung die Öffnungsklauseln mit Leben füllen und ein Gesetz zur DSGVO als Nachfolgegesetz

zum Bundesdatenschutzgesetz auf den Weg bringen wird. Nach dem In-Kraft-Treten der DSGVO mit Veröffentlichung im Amtsblatt der EU wird diese - nach der Gewährung einer Umsetzungsfrist von 2 Jahren - im Frühjahr 2018 wirksam sein. Bis dahin müssen auch in Thüringen die geltenden Datenschutzbestimmungen auf ihre Vereinbarkeit mit der DSGVO von den jeweils zuständigen Ministerien überprüft und gegebenenfalls vom Gesetzgeber angepasst werden. Auch die Arbeit des Tlfdi wird durch die DSGVO weiter anwachsen. Diese Aufgabe kann nur mit einem stark aufgestellten Team bewältigt werden. Der Countdown läuft...

Landesbeauftragter des Freistaats Thüringen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

20. Bundeskongress der DDR-Aufarbeitung in Rostock zum Thema Zwangsvereinigung von SPD und KPD

Der 20. Bundeskongress der Landesbeauftragten und der Bundesstiftung Aufarbeitung mit den Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen tagte dieses Jahr vom 22. bis 24. April in Rostock zum Thema „Zwangsvereinigung“. Der Zusammenschluss von SPD und KPD 1946 und das Parteiensystem in Ostmitteleuropa“. Dort machte die Historikerin Prof. Dr. Beatrix Bouvier deutlich, dass die Vereinigung von SPD und KPD vor 70 Jahren mit Recht als Zwangsvereinigung zu bezeichnen ist. Bouvier erläuterte weiter, dass angesichts der zahlreichen Verhaftungen von Parteimitgliedern durch die sowjetische Besatzungsmacht im Zuge der Zwangsvereinigung mehr als symbolischer Widerstand allerdings nicht möglich



gewesen sei. In der Erfahrung im Widerstand „gegen eine verhasste Diktatur ... liegt viel Kraft und Selbstbewusstsein verborgen. Wir werden sie brauchen müssen, wenn wir wollen, dass unsere Gesellschaft den eingeschlagenen demokratischen Weg weitergeht“, betonte Stephan Hilsberg, Mitbegründer der 1989 entstandenen Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP). Der jährlich stattfindende Kongress ist die einzige

Plattform, bei der Vertreter von mehr als 40 Aufarbeitungs- und Verfolgtenverbänden und Initiativen aus allen Bundesländern ihre Anliegen austauschen und Forderungen artikulieren. Von zentraler Bedeutung waren dabei die Appelle zur Entfristung der Ende 2019 auslaufenden Rehabilitierungsgesetze sowie Verbesserungen bei der Anerkennung von gesundheitlichen Folgeschäden von politischer Verfolgung.